

Beschluss des Diözesanausschusses der KAB der Diözese Aachen e.V. Synodalität – gemeinsam auf dem Weg sein

Der Diözesanausschuss der KAB Aachen unterstützt die untenstehende Position des Diözesanrates der Katholik*innen im Bistum Aachen zu den Fragen von Synodalität und innerkirchlicher Demokratie.

Mit diesem Beschluss unterstützen wir auch den Bischof von Aachen, Dr. Helmut Dieser, ein synodales Gremium einzurichten und fordern ihn auf, dieses an der Positionierung des Diözesanrates auszurichten. Dabei muss die Besetzung des Gremiums die Forderungen des „Synodalen Weges“ umsetzen. Die Mitglieder eines solchen Gremiums müssen durch freie, gleiche und geheime Wahlen gewählt werden. Das Gremium muss die Zusammensetzung des Volk Gottes in der Diözese mit seinen verschiedenen ehren- und hauptamtlichen Gruppierungen, Verbänden, Organisationen und Diensten abbilden und es sollte möglichst geschlechter- und generationengerecht zusammengesetzt sein.¹

Nur durch mutige Schritte zu mehr Partizipation, Transparenz und echter Synodalität, wird die katholische Kirche Glaubwürdigkeit zurückerlangen können.

Positionierung des Diözesanrats:

„Synodalität - gemeinsam auf dem Weg sein

In der Weltkirche, in der katholischen Kirche in Deutschland, und auch in unserem Bistum nehmen wir wahr, dass Amts- und Entscheidungsträger sich unter dem Stichwort „Synodalität“ darum bemühen, ihre Entscheidungen nicht mehr im Alleingang zu treffen, sondern im Einvernehmen mit möglichst vielen Christ*innen die Kirche zu gestalten. Wir freuen uns über mehr Beteiligung und offenere Diskussionen. Wir unterstützen ausdrücklich diese Entwicklung zu mehr Synodalität, denn wir wollen als Christ*innen gemeinsam auf dem Weg sein, in den Kinder- und Jugend- und Erwachsenenverbänden, in den Gemeinden und Regionen im Bistum Aachen, mit unserem Bischof und mit unseren Glaubensgeschwistern auf der ganzen Welt.

Wir stellen fest, dass durch Synodalität allein noch nicht die Verletzungen geheilt werden, die dadurch entstehen, dass unsere Kirche Menschen aufgrund ihres Geschlechts, ihrer Identität, ihrer Lebensform diskriminiert. Synodalität darf kein Trostpflaster dafür sein, dass Menschen nicht gleichberechtigt sind.

Wir fordern, dass sich das gemeinsame Unterwegs-Sein tatsächlich dadurch ausdrückt, dass wir aufeinander achten, Diskriminierungen beenden, miteinander respektvoll im Gespräch bleiben, gemeinsam im Vertrauen auf Gottes* Zukunft unterwegs sind, mit einer Hoffnung, die weitersieht und weiterträgt, als wir bislang sehen können.

Wir stellen fest, dass auch in unserem Land die Demokratie als Ordnungsprinzip des Staates von rechten Strömungen angegriffen und verhöhnt, dass Vertrauen in demokratische Prozesse zu untergraben versucht und demokratische Werte verneint und bekämpft werden. Gleichzeitig schwingt eine Abwertung der Demokratie mit, wenn gesagt wird, dass die Kirche keine Demokratie sei und auch keine sein könne oder wenn Synodalität als bessere Alternative zur Demokratie dargestellt wird. Vielmehr entspricht die monarchische, nach Ständen geordnete Kirchenstruktur nicht mehr unserer Lebenswirklichkeit und wird auch der gleichen Würde aller Menschen nicht gerecht. Darum lehnen wir dies entschieden ab. Die sakramentale Ordnung der Kirche hingegen muss

¹(vergl. hier Antragstext: Vorlage des Synodalforums I „Macht und Gewaltenteilung in der Kirche - Gemeinsame Teilnahme und Teilhabe am Sendungsauftrag“ zur Zweiten Lesung auf der Fünften Synodalversammlung (9.-11.3.2023) für den Handlungstext „Gemeinsam beraten und entscheiden“)

nicht durch ein monarchisches Amt zum Ausdruck gebracht werden, wie Orden und Verbände schon lange zeigen.

Wir fordern in unserer Kirche eine positive Sicht auf die Demokratie, die Einrichtung demokratischer Strukturen und dementsprechend demokratisches Handeln. Eine demokratische Strukturierung der Kirche kann umso mehr dem Evangelium entsprechen, wenn sie nicht falsch verstanden wird als beliebige Herrschaft wechselnder Mehrheiten, sondern gestaltet wird als Dreiklang von Gleichberechtigung aller Gläubigen, zeitlich begrenzter Legitimation der

Verantwortungsträger*innen durch Wahl und deren Rechenschaftspflicht den Wählenden gegenüber. Demokratie kann in der Kirche funktionieren, wenn sich diese Gestaltung inhaltlich am Evangelium orientiert, für die jeweilige Zeit ausgedeutet durch den theologischen Diskurs.

Demokratie funktioniert in der Kirche dann, wenn sie sich auf verlässliche Institutionen gründet, die Menschen vor Ungerechtigkeiten beschützen. Wir stellen fest, dass Synodalität in der Gefahr steht, ausschließlich als eine freiwillige Selbstbindung der Amtsträger an die Beschlüsse von Gremien verstanden zu werden, deren Besetzung sie selbst in der Hand haben und in denen keine Beschlüsse ohne deren Zustimmung getroffen werden können. So eine freiwillige Selbstbindung ist zudem ein Zugeständnis, das jederzeit wieder zurückgenommen werden könnte, wenn auch auf Kosten der Glaubwürdigkeit und der Autorität des Amtes, und verändert in dieser Form nichts an der absoluten Macht der Amtsträger. Diese Art von Synodalität ist für uns keine zukunftsfähige Option.

Wir fordern Synodalität, die dafür sorgt, dass wir in unserer Kirche gemeinsam Verantwortung tragen und Verfahrenswege einrichten, die allen Kirchenmitgliedern ihre Rechte garantieren. Wir verstehen Synodalität als die innere Qualität unserer Beziehungen untereinander in der Kirche. Synodalität kann nur demokratisch funktionieren.

Dafür machen wir uns stark, und dafür lassen wir uns in Verantwortung nehmen.“

Jülich, 29.09.2022/ Puffendorf 11.03.2023